

ARBEITSMARKT

Unternehmertum – Weg aus der Arbeitslosigkeit?

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Arbeitslosigkeit ist nicht nur für jeden einzelnen Betroffenen ein persönlicher Schicksalsschlag, sondern bedeutet gesamtwirtschaftlich, dass Deutschland hinter seinen produktiven Möglichkeiten zurückbleibt. Politische Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit setzen an den unterschiedlichsten Stellen an. Sie reichen von der Reform der Unterstützungsleistungen für Arbeitslose und der Flexibilisierung von Arbeitsmarktregulierungen über Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitslose bis hin zur Förderung unternehmerischen Handelns von Arbeitssuchenden. Zwar geht die überwiegende Mehrzahl der Deutschen einer abhängigen Beschäftigung nach. Jedoch ist die Zahl der Selbständigen in Deutschland im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gestiegen. Dazu hat auch die staatliche Förderung von Unternehmensgründungen beigetragen. Wie Erfolg versprechend ist Unternehmertum als Weg aus der Arbeitslosigkeit?

Im Rahmen der Hartz-Reformen wurde 2003 der Existenzgründungszuschuss („Ich-AG“) eingeführt. Unabhängig von der Höhe des Arbeitslosengeldes erhielt ein Gründer 600 Euro pro Monat im ersten, 360 Euro pro Monat im zweiten und 240 Euro pro Monat im dritten Jahr der Selbständigkeit. Der Existenzgründungszuschuss war als Alternative zum Überbrückungsgeld konzipiert worden, welches nach Gründung für sechs Monate in Höhe des Arbeitslosengeldes geleistet wurde. 2006 wurden beide Instrumente durch den so genannten Gründungszuschuss ersetzt. Dieser sieht für neun Monate einen Zuschuss in Höhe des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes plus 300 Euro vor. Für weitere sechs Monate können 300 Euro pro Monat bezogen werden, wenn intensive unternehmerische Aktivitäten nachgewiesen werden.

Während Befürworter der Gründungsförderung Selbständigkeit neben abhängiger Beschäftigung als Erfolg versprechenden Weg aus der Arbeitslosigkeit sehen, argumentieren Skeptiker, dass Gründungen aus der Arbeitslosigkeit volkswirtschaftlich wenig zusätzlichen Nutzen bringen. So scheiterten solche Gründungen schnell und häufig, seien selten mit zusätzlicher Beschäftigung verbunden, generierten nur geringe Einkünfte und führten nicht zu nennenswerten Innovationen. Doch wie ist es um die Effizienz und Effektivität der Fördermaßnahmen wirklich bestellt?

Mit der Einführung der „Ich-AG“ stieg die Zahl der geförderten Gründungen aus Ar-

beitslosigkeit deutlich an. Bis Mitte 2006 erhielten insgesamt rund eine Million Arbeitslose Gründungsunterstützung, davon knapp 400.000 den Existenzgründungszuschuss. In derselben Zeit stieg auch die Zahl der mit dem Überbrückungsgeld geförderten Gründungen an, was nahe legt, dass es nicht zu einem Verdrängungseffekt zwischen Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld gekommen ist. Vielmehr wurden durch den Existenzgründungszuschuss, im Vergleich zum Überbrückungsgeld unterrepräsentierte Personengruppen wie Jüngere, Frauen und Personen mit geringerem Bildungsstand erreicht. Auch gut viereinhalb Jahren nach der Gründung waren noch ca. 60 % der „Ich-AGler“ und 70% der Überbrückungsgeldempfänger“ selbständig. Weiteren 20 % der Geförderten war es in diesem Zeitraum gelungen, in eine abhängige Beschäftigung zurück zu kehren. Nur knapp 10 % meldeten sich wieder arbeitslos. Zudem verdienten „Ich-AGler“ wie auch die mit Überbrückungsgeld geförderten Personen im Vergleich zu nicht geförderten Personen mit gleichem Profil deutlich besser. Das gängige Vorurteil, dass ein Großteil der Gründungen aus Arbeitslosigkeit lediglich wieder in der Arbeitslosigkeit endet, konnte empirisch ebenso wenig bestätigt werden, wie auch dass Gründungen aus Arbeitslosigkeit selten zu einem nennenswerten Einkommen führen. Allerdings bleibt die Mehrzahl der „Ich-AGler“ Einzelunternehmer.

Unternehmertum kann – ob gefördert oder nicht – durchaus als erfolgreicher Weg aus der Arbeitslosigkeit angesehen werden. Entscheidend für den Erfolg sind dabei die Ausgestaltung der Förderinstrumente wie auch persönliche Merkmale der Gründer. So sind u.a. eine möglichst kurze Dauer vorangegangener Arbeitslosigkeit sowie die vorhandene Berufserfahrung in derselben Branche wichtige Erfolgsfaktoren. Für die traditionell im Gründungsgeschehen unterrepräsentierten Gruppen spielen darüber hinaus insbesondere die Länge des Förderzeitraums sowie mögliche Ansprüche auf weitere Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung im Falle des Scheiterns eine wichtige Rolle. Eine zielgenaue Ausgestaltung der Förderinstrumente muss an diesen Erkenntnissen ansetzen.

Sind die für die Gründungsförderung ausgegebenen Steuergelder gut angelegt? Offensichtlich tragen sie dazu bei, einer beträchtlichen Zahl von Arbeitslosen den Weg in eine erfolgreiche Selbständigkeit zu eb-

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Die Einführung der „Ich-AGs“ hat zu einer Gründungswelle insbesondere von im Gründungsgeschehen unterrepräsentierten Personengruppen geführt.
- Geförderte Gründungen aus Arbeitslosigkeit bestehen oft im Markt und Gründer verdienen auch Jahre nach der Förderung mehr als vergleichbare Personen.

Politikempfehlung:

- Auf Leistungsevaluation basierende Ausgestaltung der Förderinstrumente.
- Erhöhung der Eigenfinanzierungskraft der Gründer durch niedrige Steuer- und Abgabenlasten.
- Abbau bürokratischer Hemmnisse und Verbesserung einer ökonomischen und unternehmerischen Schulbildung.

Allerdings sind auch Mitnahmeeffekte sowie der im Fall des Existenzgründungszuschusses im Vergleich zur Weiterzahlung des Arbeitslosengeldes höhere Mittelaufwand der Bundesagentur für Arbeit zu berücksichtigen.

Neben einer geeigneten Ausgestaltung von Förderinstrumenten gilt es insbesondere, die Rahmenbedingungen für mehr Unternehmertum in Deutschland in den Blick zu nehmen. Neben finanziellen Problemen erschweren bürokratische Hürden, unterschiedlichste Arbeitsmarktregulierungen und nicht zuletzt ein Mangel an unternehmerischem Denken in der Gesellschaft die unternehmerische Aktivität. Der Abbau bürokratischer und regulatorischer Hemmnisse sollte daher genauso auf der politischen Agenda stehen wie eine bessere ökonomische und unternehmerische Schulbildung. Schließlich stärken niedrige Steuer- und Abgabenlasten die Eigenfinanzierungskraft der Gründer.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage der Veranstaltung „Unternehmertum – Weg aus der Arbeitslosigkeit?“ mit Professor Dr. Alexander Kritikos (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung - DIW) am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB).

Impressum ECONWATCH

Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin

www.econwatch.org